



ABH e.V. – UNSER HAUS – Rundbrief-April 2021

Pettenkofenstr. 32
10247 Berlin
Tel. 030 857 577 61
info@heimerfahrung.berlin

Liebe Freundinnen und Freunde von UNSER HAUS,

leider haben sich die Hoffnungen (noch) nicht erfüllt, dass es schon im April gewisse Lockerungen bei den Corona-Einschränkungen geben würde, unter denen nach wie vor (auch) der Betrieb von UNSER HAUS leidet.

Es wird also erst einmal im Wesentlichen so weitergehen wie in den letzten Monaten:

- Gruppenangebote nur noch virtuell/online, Einzelverabredungen vor Ort mit Voranmeldung.

Das entsprechende Angebot der **SPRECHZEIT** wird ab April **erweitert** und ab jetzt **wöchentlich** zur Verfügung stehen.

Um die Sicherheit bei den Begegnungen in der Pettenkofenstr. zu erhöhen, haben wir **SELBSTTESTS** bestellt, die voraussichtlich ab Anfang April zur Verfügung stehen. Wir werden dann tagesaktuell die Mitarbeiter*innen von UNSER HAUS und die Besucher „schnell-testen“ können. Bei den bestellten Tests handelt es sich um **SPUCKTESTS**, die ohne jede körperliche Belästigung erfolgen können, aber trotzdem die gleiche Zuverlässigkeit haben sollen wie andere Testverfahren, die unangenehmer sind.

Ab Mittwoch, dem 30. März, werden beim Einkauf und im Öffentlichen Personennahverkehr **FFP2-Masken** verlangt. Wenn Sie bisher über solche Masken noch nicht verfügen, können wir Ihnen – soweit unser Vorrat reicht – diese Masken (mit höherer Sicherheitsstufe) zur Nutzung in unseren Räumen und zur Mitnahme zur Verfügung stellen.

Und jetzt eine gute Nachricht: Die **ONLINE-OFFENSIVE** hat Fahrt aufgenommen. Martina hat schon eine Reihe von Schüler*innen angenommen, die sie in die Computerwelten einführt. Der **erste Laptop** ist (nach einer kurzen Einführung in die **ONLINE-Kommunikation**) leihweise vergeben worden. **Sechs weitere Laptops** sind eingerichtet und warten auf weitere Interessenten! Als Anlage (letztes Blatt – ganz hinten) liegt einmal der (überarbeitete) Fragebogen bei, den Sie bitte ausfüllen und uns zurückschicken können, wenn auch Sie von der ONLINE-Offensive profitieren wollen!

Der erfolgreiche Start des virtuellen Spielenachmittags mit „**KNIFFELN-online**“ hat dazu geführt, dass die **PLAUDERECKE** an den Spielenachmittagen ihren bisherigen ZOOM-Raum nicht mehr nutzen kann:

- Die Teilnehmer*innen des Spielenachmittags treffen sich bis auf Weiteres immer im Zoom-Raum mit der ID **9167 0567** (nächste Termine 9.4. und 23.4.) .
- Wer an der **PLAUDERECKE** teilnehmen möchte, sollte sich den jeweiligen Link zum virtuellen Treff von scherer@heimerfahrung.berlin schicken lassen!

Und jetzt noch ein hochinteressanter **Nachtrag** zu einer Meldung, die bei der letzten Presseschau erschienen war. In einem Zeitungsartikel war davon die Rede gewesen, dass es in **Schleswig-Holstein** möglich sein würde, Entschädigungsleistungen für Heimunterbringungszeiten auch noch nach Ablauf der Antragsfristen des Fonds „Anerkennung und Hilfe“ zu bekommen. Eine Presseerklärung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren hat nun klargestellt, dass das **auch für ehemalige Heimkinder** gilt, die die **Antragsfristen beim Fonds Heimerziehung versäumt** haben! Die ausführliche Presseerklärung dazu können Sie in der aktuellen Presseschau (im Anhang) lesen!

Leider gilt das nur für Menschen, die in Schleswig-Holstein wohnen. Berlin und die anderen Bundesländer sollten sich unbedingt an diesem positiven Beispiel orientieren!

Herzliche Grüße aus der Pettenkofenstraße und/oder aus dem Home-Office
Das Team von UNSER HAUS

UNSER HAUS - April 2021

| Mo | Di | Mi | Do | Fr | Sa |
|---|--|--|--|--|----|
| | | | 1 | 2 | 3 |
| | | | 10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | Karfreitag | |
| 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| Ostermontag | 11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung | | 10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | 11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung | |
| | 15 - 18 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | 16.30 - 18.30 Uhr Malzeit virtuell | | 15 - 17 Uhr Spielenachmittag (Zoom 942 9167 0567) | |
| | | | | 15.45-16.45 Uhr Plauderecke | |
| 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
| | 11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung | 15 - 17 Uhr Beratung des Bürgerbüro e.V. (StrRehaG u.Ä.) | 10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | 11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung | |
| 15 - 18 Uhr SPRECHZEIT von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung) | 15 - 18 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | | | 15 - 18 Uhr Abholung Kostprobe (M)ein Leibgericht | |
| | | 16.30 - 18.30 Uhr Malzeit virtuell | | 15.45-16.45 Uhr Plauderecke | |
| 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 |
| | 11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung | | 10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | 11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung | |
| 15 - 18 Uhr SPRECHZEIT von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung) | 15 - 18 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | 16.30 - 18.30 Uhr Malzeit virtuell | | 15 - 17 Uhr Spielenachmittag (Zoom 942 9167 0567) | |
| | | | | 15.45-16.45 Uhr Plauderecke | |
| 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | |
| | 11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung | | 10 - 12 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | 11 - 13 Uhr Telefonische Information und Beratung | |
| 15 - 18 Uhr SPRECHZEIT von und für Menschen mit Heimerfahrung (mit vorheriger Anmeldung) | 15 - 18 Uhr TREFFZEIT (Einzelverabredungen) | 16.30 - 18.30 Uhr Malzeit virtuell | | 15.45-16.45 Uhr Plauderecke | |

(M)ein LEIBGERICHT – der etwas andere Kochkurs

traditionell & virtuell

Phantastische Pho



Was passiert, wenn eine aromatische Brühe auf Reismudeln und frische Kräuter trifft? Man befindet sich auf einer kulinarischen Reise nach Vietnam. Der vietnamesische Suppenklassiker Pho (ausgesprochen Pfo) gilt als eines der Nationalgerichte des Landes. In der kalten, grauen Jahreszeit ist Pho mit Gewürzen wie Kardamom, Nelken und Zimt ein geschmacklicher Farbtupfer, der zudem auch das Immunsystem lächeln lässt. Da das Original auf Rinderbrühe basiert, werden wir dieses zubereiten und als Alternative eine vegetarische Variante mit Tofu.

Wer möchte sich als Verkoster/Verkosterin zur Verfügung stellen und uns dann berichten wie es geschmeckt hat? Ihr seid herzlich eingeladen am **Freitag, den 16.04. zwischen 15 und 18 Uhr** mit einem geeigneten Gefäß in der Pettenkoferstraße vorbeizukommen und euch eine Portion abzuholen. Wir bitten hierzu um eine **kurze Anmeldung** über die bekannten Kanäle, damit auch ausreichend vorhanden ist.

Ab dem 21. April ist das Kochvideo dann auch wieder über unseren geschützten YouTube-Kanal abrufbar.

http://datenbank.spinnenwerk.de/abh/leibgericht_april2021.html

(M)ein Leibgericht lebt von den Gedanken vieler, daher seid herzlich eingeladen mitzumachen. Bis wir das Angebot wieder im persönlichen Kontakt vor Ort fortsetzen können, wollen wir weiter einen virtuellen Ersatz anbieten. Gern auch mit Euch und Euren Vorschlägen! Meldet Euch einfach: vor Ort (bitte vorher anmelden), telefonisch 030 857 577 61 oder per Email (info@heimerfahrung.berlin).

Kleine Presseschau

(Warnende) **VORBEMERKUNG** zur kleinen Presseschau

Liebe Leser*innen des monatlichen Rundbriefes,

Wir haben uns entschieden, die Presseschau in die letzten Seiten des Rundbriefes zu „verbannen“, weil wir es Ihrer freien Entscheidung überlassen wollen, ob Sie sich das „antun“ wollen, sich immer wieder mit den gerade erneut aufgedeckten Skandalen aus der Heimerziehung der Vergangenheit zu beschäftigen.

Auf der anderen Seite sehen wir es als unsere Pflicht, Sie über das auf dem Laufenden zu halten, was gerade in den Medien über „unser Thema“ veröffentlicht wird.

Lesen Sie die folgenden Berichte also bitte nur, wenn Sie sich gerade stark genug dafür fühlen!

Ministerium für Soziales, Gesundheit,
Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein

25.02.2021

Leid und Unrecht: Land stellt für Betroffene 6,2 Millionen Euro zur Verfügung *finanzielle Anerkennung auch über den 30. Juni hinaus möglich*

KIEL. Menschen, die in der Zeit von 1949 bis 1975 als Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie untergebracht waren, haben oftmals Leid und Unrecht erfahren. Bund, Länder und Kirchen haben für diesen Personenkreis daher die Stiftung Anerkennung und Hilfe gegründet, damit Betroffene aus Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Kinder- und Jugendpsychiatrie finanzielle Unterstützungsleistungen erhalten können. Betroffene können noch bis zum 30. Juni einen entsprechenden Antrag bei der Anlauf- und Beratungsstelle in Neumünster stellen. Bislang hat die Stiftung rund 10,2 Millionen Euro an die Betroffenen ausgezahlt.

Damit Betroffene aus Schleswig-Holstein auch über den 30. Juni hinaus diese Möglichkeit haben, stellt das Land bis 2030 rund 6,2 Millionen Euro zur Verfügung. Eine entsprechende Vorsorge ist im Haushalt 2021 vorgesehen. Die Anlauf- und Beratungsstelle kann damit ihre wichtige Arbeit fortsetzen. **Anspruchsberechtigt** sind neben den Betroffenen aus Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie **auch ehemalige Heimkinder**, die von 1949 bis 1975 in Einrichtungen der früheren Kinder- und Jugendfürsorge untergebracht waren und dort Leid und Unrecht erfahren haben. Diese konnten bereits bis Ende 2018 über **den Fonds Heimerziehung** (Ost und West) ihre materiellen und therapeutischen Ansprüche realisieren.

Anspruchsberechtigt sind Betroffene, die noch keine Leistungen aus dem Fonds Heimerziehung oder der Stiftung Anerkennung und Hilfe erhalten haben. Die Leistungen, die Schleswig-Holstein zukünftig gewähren wird, sind identisch mit den Leistungen der Stiftung Anerkennung und Hilfe: Neben der Anerkennungsleistung von 9000 Euro können Betroffenen eine Rentenersatzleistung von 5.000 Euro erhalten, wenn die Dauer der Arbeitspflicht mehr als zwei Jahre betrug. Bei unter zwei Jahren beträgt sie 3.000 Euro.

Kleine Presseschau

Mitteldeutsche Zeitung

11. März 2021

Für guten Start ins Leben

Projekt „Pflegerest“ gibt Heimkindern ein neues Zuhause

Halle (Saale) Noch vor wenigen Monaten war die kleine Alina ein wildes Mädchen, das viel geschrien hat und aufgedreht war. Die Zweijährige hatte in ihrem kurzen Leben schon eine Menge mitmachen müssen: Zweimal wurde sie für jeweils längere Zeit vom Jugendamt aus ihrer Familie genommen und in Heimen in Obhut gegeben - zum ersten Mal im Alter von vier Monaten. In der Familie gab es große Probleme.

„Heute ist Alina viel entspannter. Sie macht große Fortschritte, auch beim Sprechen“, sagt Stefanie Müller. Die 46-Jährige ist gemeinsam mit ihrem Mann und ihren vier leiblichen Kindern seit November das „Pflegerest“ für das Mädchen: Anders als bei der Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien hat die Hallesche Jugendwerkstatt Stefanie Müller als pädagogische Mitarbeiterin angestellt.

Neue Chance: Projekt „Pflegerest“ vermittelt Heimkinder in Halle an Familien

Für die Pflege des Mädchens erhält sie einen sozialversicherungspflichtigen Job bei der Jugendwerkstatt. Ein Kind zu betreuen, entspricht einer halben Stelle, zwei Kinder einer vollen. Und: Anders als in Pflegefamilien ist das „Pflegerest“ nicht nur auf Zeit angelegt, sondern dauerhaft. „Wir wollen dem Kind eine bessere Chance auf einen guten Start ins Leben geben“, sagt Stefanie Müller. Die gelernte Erzieherin, die für das Mädchen ihren alten Job an den Nagel gehängt hat, war gleich Feuer und Flamme, als sie von dem Projekt gehört hatte.

Jedoch ist das Sorgerecht bei Geschwisterkindern von Alina noch nicht geklärt, weshalb aus Rücksicht auf die Zweijährige alle Namen in diesem Beitrag geändert sind. „Wir haben bereits fünf Kinder in ein Pflegerest vermittelt, drei sind in Anbahnung“, sagt Anna Manser, Geschäftsführerin der Halleschen Jugendwerkstatt. Darüber hinaus gebe es zahlreiche Anfragen für die Vermittlung weiterer Heimkinder, doch noch zu wenig Interessenten. Dabei werden keineswegs nur Erzieherinnen wie Stefanie Müller für die „Pflegerester“ gesucht.

Kind lebt bis zum 18. Lebensjahr in der Familie

„Wir suchen Menschen, die Platz in ihrem Herzen und in der Wohnung haben“, sagt Anna Manser. Einzige Voraussetzung für Bewerber ist, dass sie einen Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Unter den Eltern der bereits vermittelten Pflegerester seien auch zwei gleichgeschlechtliche Paar und eine Alleinerziehende. Ebenfalls anders als bei Pflegeeltern ist das „Nest“ darauf angelegt, dass das Kind bis zum 18. Lebensjahr in der Familie lebt.

Ein Amtsvormund hat jedoch das Sorgerecht für das Kind, den Eltern werden aber wichtige Vollmachten wie etwa für Arztbesuche oder die Kitaanmeldung übertragen.

Die Jugendwerkstatt prüft gründlich, ob Familie und Kind zusammenpassen. „Die Mädchen und Jungen haben oft sehr komplexe Biografien“, sagt Manser.

Konstante Beratung: Seminare und regelmäßige Treffen der Pflegerest-Familien gehören dazu

Daher gibt es eine umfangreiche Anbahnung, bei dem sich die Pflegeeltern und das Kind kennenlernen, später auch einmal auf den Spielplatz gehen oder ein Wochenende gemeinsam verbringen. „Wir begleiten die Familien auch und geben ihnen die Sicherheit, dass sie nicht alleine sind“, sagt Anna Manser.

Kleine Presseschau

Auch Seminare und regelmäßige Treffen der Pflegenest-Familien gehören dazu. Wichtig sei vor allem für die „Nest“-Eltern zu akzeptieren, dass das Kind andere familiäre Wurzeln hat. Deshalb hat Stefanie Müller für Alina eine Collage mit Bildern ihrer Eltern und Geschwister gebastelt und diese über dem Kinderbett aufgehängt: „So sagen wir ihnen allen jeden Abend gemeinsam ‚Gute Nacht‘“, sagt sie.

Mehr Infos unter: pflegenest@hal-jw.de

Domradio

12.03.2021

Prostitutionsvorwürfe gegen Ordensfrauen ungeklärt

Aufklärung nach 50 Jahren ist extrem schwierig

Die Vorwürfe wiegen schwer: Haben Ordensfrauen Priestern Heimkinder gegen Geld zum Missbrauch überlassen? 50 Jahre später lässt sich diese These weder eindeutig bestätigen noch dementieren. Aufklärung tut trotzdem not.

Auch ein Vierteljahr nach Bekanntwerden schwerster Missbrauchsvorwürfe in einem von Niederbronner Schwestern geführten Kinderheim in Speyer ist ungewiss, ob die Vermutung einer überregional organisierten Förderung der Prostitution zutrifft oder nicht. Was manche Helfer der Missbrauchsoffer als erwiesen ansehen, hält der Orden für undenkbar. Beweise fehlen.

Das Hauptproblem ist, dass die Vorfälle rund ein halbes Jahrhundert zurückreichen. Nur wenige Niederbronner Schwestern, die damals Beteiligte oder Mitwisserinnen gewesen sein könnten, leben noch. Auch viele mutmaßliche Opfer sind inzwischen gestorben. Von den übrigen sind nur wenige bereit, ihre Geschichte öffentlich zu erzählen. Das liegt auch daran, dass Betroffene bis heute schwersttraumatisiert sind. So bleibt vieles im Vagen.

Spuren führen zu Niederbronner Schwestern

Trotz langer Verjährungsfristen scheint es unwahrscheinlich, dass jemals einer der Fälle vor einem Strafgericht verhandelt wird - die letzte Hoffnung darauf aufgegeben haben die Opfer indes noch nicht. Möglich dagegen wäre, dass die betroffenen Institutionen Vorwürfe - im Idealfall wissenschaftlich interdisziplinär und unabhängig - aufarbeiten ließen.

Entsprechende Ansätze gibt es in Bayern, wo als Teile eines möglichen pädophilen Netzwerks das frühere Hänsel-und-Gretel-Heim der Stadt München in Oberammergau, das Haus Maffei in Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in Feldafing am Starnberger See, Kloster Ettal und das Salesianum in München benannt werden. Auch hierbei sind die Niederbronner Schwestern im Visier. Sie waren im Oberammergauer Heim tätig, das damals aber einer anderen Ordensprovinz als das in Speyer zugeordnet war.

Ferner wird vermutet, dass es Spuren einer Vernetzung zwischen den Niederbronner Schwestern und den aus ihnen hervorgegangenen Erlörschwestern geben könnte, die vor allem im Bistum Würzburg aktiv sind. Die österreichische kirchliche "Stiftung Opferschutz" gibt ebenfalls an, dass ihr zwei Fälle im Umfeld der Niederbronner Schwestern bekannt seien. Ein Fall betreffe psychische Gewalt, ein anderer aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre psychische, körperliche und sexuelle Gewalt.

Vieles noch unklar

Unstrittig ist, dass es in allen genannten Einrichtungen teils schwersten sexuellen Missbrauch gegeben hat. Und es kann auch als gesichert angesehen werden, dass Täter

Kleine Presseschau

beteiligt waren, die ihre Opfer an mehreren Orten fanden. Ob es zwischen den Einrichtungen aber organisatorische Verbindungen gab und ob Geld von Tätern an diejenigen floss, denen die Kinder anvertraut waren, ist unklar.

Bisher wird dieser Vorwurf der Prostitution nur von einzelnen Heimkindern aus verschiedenen Einrichtungen erhoben. Dabei wird gesagt, dass es mehrere Opfer gegeben habe. Die These gewönne an Überzeugungskraft, würde sie von mehreren Zeugen aus einem Heim gestützt. Das ist bisher nicht der Fall.

Mitte der Woche gaben die Niederbronner Schwestern ein Gutachten zu einem angeblich handschriftlich angefertigten Dokument zur Berichterstattung frei. Es soll der Buchführung einer Ordensfrau entstammen. Bei den darin teils unter Namensnennung aufgeführten Summen soll es sich um "Lustgeld" handeln, das der Orden für den Verkauf eines Heimkindes an Freier in Speyer kassierte.

Suche nach Beweisen

Das Mannheimer Schrift- und Urkundenlabor M.S.U. kommt zum Ergebnis, dass der vermeintliche Ausschnitt aus einem "Kassenbuch" mit "an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" nicht handschriftlich erstellt wurde: "Die untersuchten Einträge lassen sich nahezu vollständig mit einer Computerschriftart replizieren." Die benutzte Type "Wiegel Kurrent" sei im Internet seit 2004 verfügbar.

Das Dokument ist im Besitz eines Mannes, der im Mai 2020 vor dem Darmstädter Sozialgericht eine staatliche Rente nach dem Opferentschädigungsgesetz erstritten hat. Mit drastischen Worten beschreibt das Urteil eine "Zeit des ständigen Missbrauchs" vor allem durch Priester in der Speyerer Engelsgasse. Es ging, so heißt es, auch um Sexpartys, bei denen "die Nonnen die Herren mit Getränken und Speisen bedient hätten, in der anderen Ecke seien die Kinder vergewaltigt worden".

Was bedeutet dieses Gutachten? Zunächst einmal nur, dass das untersuchte Schriftstück als Beweismittel ausfällt. Über die Glaubwürdigkeit seines Besitzers sagt es nichts. Der Mann gibt an, den vermeintlichen Auszug aus dem "Kassenbuch" mit zwei weiteren Dokumenten anonym in seinem Briefkasten vorgefunden zu haben - und zwar erst nach Ende seines Prozesses in Darmstadt. Der Passauer Rentner Vladimir Kadavy ist einer derjenigen, die Missbrauchsoffern helfen wollen, und der mit Medien in Kontakt steht. Er sagt, erst auf sein Drängen hin habe der Darmstädter Kläger das Material Journalisten zugänglich gemacht.

Bleibt die Frage, wer das Schriftstück fälschte und warum. Sicher ist nur, dass zur Anfertigung schon wegen der genannten Namen viel Insiderwissen nötig ist.

Stellungnahme der Niederbronner Schwestern zur aktuellen Berichterstattung

"Ein Großteil der nun bereits seit vielen Wochen weitverbreiten Vorwürfe gegen unsere Ordensgemeinschaft schien uns von Anfang an unfassbar, was ihren Gegenstand betrifft und nicht nachvollziehbar, was die angebliche Beweislage oder Plausibilität betrifft. Das einzige Dokument, das abgesehen von den Aussagen des Betroffenen vorliegt, hat sich nun als eindeutige Fälschung herausgestellt. Zudem hat der Betroffene gemeinsam mit Herrn Kadavy entgegen seiner Aussagen das sogenannte Kassenbuch bereits am 02.03.2020 dem Rechtsamt des Bistums Speyer vorgelegt. Ohne ein moralisches Urteil zu fällen müssen wir darauf hinweisen, dass die Glaubwürdigkeit der überaus harten Anschuldigungen gegen unsere Schwestern damit massiv in Frage gestellt ist."

Nürnberg ,12.3.2021

Kleine Presseschau

Neues Deutschland
15. März 2021

Entschädigung für Menschenversuche

*Heimkinder mussten lange Zeit Medikamententests über sich ergehen lassen.
Nun bemüht sich der Kieler Landtag um Aufarbeitung*

In Schleswig-Holstein sind zwischen 1949 und 1975 systematisch Medikamententests an Heimkindern und Kindern aus Jugendpsychiatrien vorgenommen worden, ohne dass sich die herausgepickten Probanden dagegen wehren konnten. Eine Studie dazu liegt jetzt dem Kieler Landtag zur weiteren Bewertung vor. Vor wenigen Jahren haben damals Betroffene das Thema öffentlich gemacht, was lange mit einem Tabu behaftet war. Die rund 230-seitige Expertise des Instituts für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung an der Universität Lübeck hat eine flächendeckende Praxis solcher Versuche offen gelegt, sowohl in Einrichtungen von öffentlichen wie von privaten Trägern. Von ethischem Unrechtsbewusstsein war damals nichts zu spüren. Strafrechtlich haben Verantwortliche nichts zu befürchten. Die heute Körperverletzungen gleichenden Taten, sofern sie unter früherer Gesetzeslage überhaupt zu belangen waren, sind längst verjährt.

Studienleiter Cornelius Borck hält fest, dass landesweit etwa 3000 Betroffene regelmäßig mit Arzneimitteln behandelt und ruhiggestellt wurden, welche weder getestet noch zugelassen waren. Die Folgen waren gravierend, wie Borck aus damaligen Patientenakten entnehmen konnte, in denen Ärzte ihren Versuchsfeldzug dokumentierten. So heißt es zu den in Kauf genommenen Nebenwirkungen in einem Fall aus den Ricklinger Anstalten, die noch immer unter kirchlicher Trägerschaft stehen: »Patientin schluckt nicht mehr richtig und hat Speichelfluß - Dosis herabgesetzt.« Bei anderen wird notiert, dass es zu Sehstörungen, Schmerzen im Bein oder erbrochenen Mahlzeiten gekommen sei. Bei anderen Versuchen im Landeskrankenhaus Schleswig wurden Muskelkrämpfe, Kreislaufzusammenbrüche oder Atemstillstand der Teenager in Kauf genommen. Das hat bei vielen zu traumatischen Folgen geführt, die bis heute anhalten.

Das Studium zahlreicher Schriftstücke und Quellen brachte insgesamt 75 Testreihen ans Tageslicht. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. Die Borck-Untersuchung belegt jedenfalls, dass diese Experimente nicht nur in der alleinigen Verantwortung zwischen Medizinern und Pharmaindustrie lagen, sondern dass entsprechende Informationen auch schon früh die damaligen CDU-geführten Landesregierungen in Schleswig-Holstein erreichten, in denen bis 1971 die Innenminister auch jeweils das Gesundheitsressort leiteten. Dort stieß die gängige Praxis mit den wehrlosen »Versuchskaninchen« auf keinerlei Widerstand, im Gegenteil.

Weil die Kliniketats psychiatrischer Einrichtungen durchweg niedrig waren, zeigte man sich offen und geradezu dankbar für die Überlassung von kostenlosen Testmargen als sogenannte »Ärztemuster«, egal ob es nun zu erprobende Präparate wie Antidepressiva, Antiepileptika, Beruhigungsmittel oder Psychopharmaka waren. Diese kamen von den Arzneimittelherstellern wie dem Bayer-Konzern und mündeten in Anwendungsversuchen, für die nirgends ein Einverständnis eingeholt wurde. Manche Ärzte oder Einrichtung bekamen für ihr Mitwirken sogar noch ein Extrahonorar. Bei den Recherchen zu ihrer Studie entdeckten die Lübecker Medizinwissenschaftler, dass der Pharma-Riese beispielsweise im Oktober 1968 an Erprobungen beteiligte Ärzte zwecks gegenseitigen Austauschs zu einer Dampferfahrt auf dem Rhein eingeladen hatte.

Einer der damals Betroffenen ist Günter Wulf (Jahrgang 1959) aus dem Kreis Schleswig-Flensburg, der sein schlimmes Heimschicksal 2019 in einer Anhörung des schleswig-

Kleine Presseschau

holsteinischen Landtages vor sichtbar schockierten Abgeordneten schilderte und ein Jahr später seine Kindheitserlebnisse in dem Buch »Sechs Jahre im Haus F« veröffentlichte. Seinen Zustand nach Verabreichung ihm unbekannter Substanzen schilderte er mit: »Ich konnte nur noch lallen.« Heute spricht er von Menschenrechtsverletzungen.

Nach einer Entschuldigung durch Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) für das erlittene Unrecht hat es bisher für die damals Gepeinigten pro Kopf eine einmalige Wiedergutmachung in Höhe von 9000 Euro gegeben. Wulf hält das für nicht ausreichend, fühlt sich billig abgespeist. Er plädiert für eine dauerhafte Rentenzahlung, eine Art Opferrente. Günther Jesumann, unabhängiger Beauftragter für diesen Opfer-Personenkreis, schließt sich dieser Forderung an.

Minister Garg sieht zumindest eine moralische Mitverantwortung für die unsäglichen Versuche bei den involvierten Pharmafirmen, die bisher aber nicht bereit waren, sich an Entschädigungen zu beteiligen. Einige Betriebe sperrten sich auch bei Anfragen, Einsicht in ihre Firmenarchive zu nehmen. Schleswig-Holstein stellt bis 2030 in einem Unterstützungsfonds 6,2 Millionen Euro bereit, so ein interfraktioneller Vorstoß im Landtag. Die vorgelegte Studie ist im nächsten Monat zum zweiten Mal Thema im Landtags-Sozialausschuss.

Wochenblatt Speyer

19. März 2021

Aufarbeitung der Missbrauchsvorwürfe

Seite aus dem Kassenbuch war eine Fälschung

Speyer. Die Niederbronner Schwestern und das Bistum Speyer wollen die Missbrauchsvorwürfe rund um das Kinderheim in der Speyerer Engelsgasse gemeinsam aufarbeiten. Das kündigen Generalvikar Andreas Sturm und Provinzoberin Schwester Barbara Geißinger in einem Interview in der Kirchenzeitung "Der Pilger" an.

Ein Mann, der in den 60er- und 70er Jahren in dem Heim in der Speyerer Engelsgasse lebte, hatte im Dezember öffentlich gemacht, Heimkinder seien in "Sex-Partys" damals systematisch und gegen Bezahlung von Geistlichen und Politikern missbraucht worden. Untermauern sollte das eine Kopie, die aus einem Kassenbuch des Kinderheims aus dem Jahr 1965 stammen sollte, und auf der mehrere Namen, darunter auch der von Prälat Rudolf Motzenbäcker, mit Zahlungen verzeichnet waren. Ein Schriftgutachten hat jetzt bewiesen: die Seite aus dem Kassenbuch ist eine Fälschung, die verwendete Schrift eine Computerschrift, die es erst seit 2004 gibt.

Gegen den 1998 verstorbenen Motzenbäcker lägen dem Bistum inzwischen Aussagen von vier Personen vor, die ihn unabhängig voneinander des sexuellen Missbrauchs bezichtigen. Eine unabhängige Aufarbeitungskommission des Bistums soll sich mit den Beschuldigungen gegen Prälat Motzenbäcker und den Vorgängen um das Kinderheim in der Engelsgasse befassen. Dabei soll auch geprüft werden, ob und inwieweit es Versäumnisse seit dem Bekanntwerden erster Vorwürfe im Jahr 2011 gegeben hat.

Kleine Presseschau

RTL

25. März 2021

Mehr Anträge auf Rehabilitierung nach Unrecht in der DDR

Magdeburg (dpa/sa) - Es geht um Haft, um Zersetzungsmaßnahmen, um politisch verfolgte Schüler: Im vergangenen Jahr haben in Sachsen-Anhalt mehr Menschen einen Antrag auf Rehabilitation wegen Unrecht aus der DDR-Zeit gestellt. Die Antragszahlen seien infolge der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze gestiegen, die am 29. November 2019 in Kraft getreten sei, erklärte Sachsen-Anhalts Aufarbeitungsbeauftragte Birgit Neumann-Becker am Mittwoch in Magdeburg. Das Gesetz zeige Wirkung.

Es habe in ihrer Behörde zum einen mehr Beratungen zu Erstanträgen gegeben. Des Weiteren seien bei Gerichten und Rehabilitierungsbehörden 810 Anträge eingegangen nach rund 540 im Jahr zuvor. Dabei handelt es sich den Angaben zufolge um strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierungen. Die Neuregelung hat die Ansprüche etwa für politisch verfolgte Schüler sowie Opfer von Zersetzungsmaßnahmen und ehemalige Heimkinder verbessert.

Im vergangenen Jahr hat die Behörde der Aufarbeitungsbeauftragten laut dem Tätigkeitsbericht mehr als 4000 Beratungen durchgeführt, 3000 wegen der Corona-Pandemie telefonisch. Dabei habe sich gezeigt, dass die soziale und gesundheitliche Lage ehemaliger politischer Häftlinge und Opfer anderer staatlicher Verfolgungsmaßnahmen in der DDR im Verhältnis zur Durchschnittsbevölkerung weiter prekär ist.

Die Aufarbeitungsbeauftragte sieht auch immer noch Lücken in der Anerkennung von SED-Unrecht. So würden gesundheitliche Folgeschäden weiterhin nur selten anerkannt. 2020 habe es in Sachsen-Anhalt 20 solcher Anträge gegeben, keiner sei positiv beschieden, neun abgelehnt worden. Zwischen 2015 und 2018 habe kein einziger Antrag zu einer Anerkennung geführt, 2019 nur einer. Zudem wüssten viele Menschen, die schon eine Rehabilitierungsbescheinigung hätten nicht über die erweiterten finanziellen Möglichkeiten einer Opferpension. Schätzungsweise 2000 Menschen hätten einen Anspruch auf monatlich 330 Euro und nutzten ihn nicht.

Gedenkstätte Torgau

26. März 2021

Ehemalige DDR-Heimkinder gründen Opferverein

Betroffeneninitiative „Missbrauch in DDR-Heimen“ e.V.

Betroffene fordern Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch in DDR-Heimen und wirksame Hilfe für Betroffene

Seit 2011 treffen sich Betroffene von sexualisierter Gewalt in DDR-Heimen einmal monatlich in der Selbsthilfegruppe "Verbogene Seelen" in der Gedenkstätte GJWH Torgau. Nach inzwischen vier Jahren seit Bekanntwerden der Missbrauchsfälle in Schulen, Internaten und Heimen, dem Runden Tisch "Sexueller Kindesmissbrauch" und dem seit 2013 angelaufenen "Ergänzenden Hilfesystem" des "Fonds Sexueller Missbrauch" macht sich bei Betroffenen der DDR-Heime großer Unmut breit.

Der Mut vieler Betroffener nach jahrzehntelangem Schweigen ihre Missbrauchserfahrungen öffentlich zu machen, brachte zwar den Stein ins Rollen, doch unzählige Fragen der Opfer sind nach vier Jahren immer noch ungeklärt. Um endlich Anerkennung des Missbrauchs in DDR-Heimen und wirksame Hilfe zu erfahren, engagieren sich ehemalige Heimkinder nun gemeinsam in einem Verein für Aufarbeitung und Aufklärung.

ANLAGE

Fragebogen zur Online-Offensive von UNSER HAUS

1. Ich interessiere mich für die angebotene Unterstützung.
2. Ich verfüge derzeit über folgende **technische Voraussetzungen** (für die Online-Kommunikation)
- a) ich benutze ein SMARTPHONE
- b) ich habe ein TABLET
- c) ich benutze einen LAPTOP
- d) ich verfüge über einen PC mit Internetanschluss
- e) ich habe einen FESTNETZ-Telefon-Anschluss
3. Ich habe einen **Vertrag** über eine Internet-Flatrate
- a) für mein Handy/Mobiltelefon
- b) für meinen Festnetz-Anschluss
4. Ich möchte gerne einen **LAPTOP ausleihen**

Datum

Unterschrift

Ich bin am besten zu erreichen über (wahlweise):

Email: _____

Telefon: _____

Briefpost: _____